

Wie die sozialen Medien die Demokratie in die Krise stürzen

Der technische Fortschritt ist zum Selbstläufer geworden. Die Politik darf sich nicht darauf beschränken, jede neue Innovation einfach durchzuwinken. Längst geht es um unser politisches und gesellschaftliches Zusammenleben

Kommentar der anderen

20. Dezember 2025, 13:15

Kulturwissenschaftler Wolfgang Müller-Funk schreibt in seinem Gastkommentar über die politische Dimension der sozialen Medien.

Es ist ein Donnerschlag. Die australische Regierung hat beschlossen, Jugendliche unter 16 Jahren von der Nutzung der sozialen Medien auszuschließen. Dass in Österreichs Schulen die Mobiltelefone ausgeschaltet werden müssen, nimmt sich demgegenüber harmlos aus. Ganz offenkundig sind telematische Maschinerien nicht nur ein probates Hilfsmittel, sondern auch ein Störelement, das eigenständiges Denken, Konzentration, Bildung und Lernen behindert. Über den Suchtaspekt von Tik Tok & Co hinaus macht es einen Unterschied, ob ich mir irgendwelche Passagen aus digitalen "Apps" kopiere und miteinander kombiniere oder ob ich imstande bin, durch intensive Lektüre und kritisches Lesen ein Verständnis und Sprache für jene Welt zu entwickeln, in der ich lebe.



Buch statt Handy? Kulturtechnik Lesen? Darauf hoffen viele Eltern (vergebens). Getty Images/Deagreetz

Viele Erwachsene begrüßen es, wenn der Gebrauch dieser elektronischen Spielsachen für ihre Sprösslinge zeitlich begrenzt wird, verbringen aber selbst viel Zeit in der Parallelwelt und leben damit ihren Kindern einen problematischen Umgang mit ihr vor.

"Zwischen dem Aufstieg antidemokratischer Kräfte und der gegenwärtigen prekären medialen Realverfassung besteht ein innerer Zusammenhang."

Dieser oft selbstverblödete Konsum in den Weiten der digitalen Welten hat über diesen Aspekt hinaus, den schon Günther Anders in der *Antiquiertheit des Menschen* hellichtig vorweggenommen hat, eine politische Dimension. Der vermeintlich unaufhaltsame Aufstieg der sozialen Medien geht Hand in Hand mit der bedrohten Existenz bewährter Medien wie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und vor allem der Zeitungen, die von einem rasanten Einbruch der Leserschaft und damit verbunden von einem spürbaren dramatischen Rückgang von Werbeeinnahmen betroffen sind.

Viele Menschen, auch Politiker, sind sich nicht im Klaren darüber, was das Verschwinden von Zeitungen und auch von öffentlich-rechtlichen Medien, die wie die Justiz von den ganz Rechten mit Kalkül bekämpft werden, für das politische Leben und für das Überleben der liberalen Demokratie bedeuten würde. Der Aufstieg der modernen Demokratien ist ohne Druck, Buch und Zeitung undenkbar. Sie haben, wie Jürgen Habermas schon 1962 in *Strukturwandel der Öffentlichkeit* schrieb, die maßgebliche Voraussetzung für die Durchsetzung der liberalen Demokratien geschaffen.

Medien sind nicht bloß, wie der Name suggeriert, Mittel, sondern Gestaltungselemente des politischen Lebens. *The medium is the message*: Medien wie Rundfunk und Zeitung stiften Formen der Vermittlung und diese enthalten eine Botschaft an eine sich alphabetisierte menschliche Gesellschaft, die genuin demokratisch ist.

WERBUNG

Im Widerstreit

Dass Problem, dass Medien strukturell in Widerstreit mit der Demokratie geraten, ist indes nicht neu, waren es doch Massenmedien des Boulevards und Medienkonzerne, die in der Zwischenkriegszeit viele der neuen Demokratien zum Einsturz brachten. Der prominenteste Fall, Adolf Hitlers Aufstieg von einem windigen Nichts zum Führer der Deutschen, wäre ohne die Unterstützung des deutschnationalen Hugenberg-Konzerns undenkbar gewesen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg haben nicht zuletzt öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten und die Zeitungen die offene Gesellschaft stabilisiert, in der professionelle Journalistinnen und Journalisten die Verantwortung für die Zuverlässigkeit der Nachrichten und für ihre Meinung tragen. In beiden Formaten ist es systemlogisch möglich, dass verschiedene Seiten zu Wort kommen. Davon kann in den verwirrenderweise "sozial" genannten Medien keine Rede sein.

Strukturell betrachtet befinden sich die weithin unkontrollierten sozialen Netze in einem Spannungsverhältnis zu unserer liberalen Gesellschaft. Zwischen dem Aufstieg antidemokratischer Kräfte und der gegenwärtigen prekären medialen Realverfassung besteht ein innerer Zusammenhang. Die Wahlerfolge so vieler rechtslastiger Scharlatane und Goldgräber – Stichwort Trump – hängt damit ursächlich zusammen.

Die sozialen Medien folgen einem voluntaristischen Freiheitsbegriff, der nicht jenem der liberalen Demokratie entspricht. In dieser ist nämlich nicht alles erlaubt, sondern nur, was die Freiheit der anderen nicht unterminiert. Demokratie ist darüber hinaus von der Intention getragen, Macht zu kontrollieren und zu "teilen". Das gilt nicht nur für die handfeste politische Macht, sondern auch für

wirtschaftliche Dominanz und für die Übermacht der heutigen digitalen zumeist US-amerikanischen Medienzaren, für die Freiheit nur die eigene uneingeschränkte Machtfülle ist.

Schöne neue Welt

Der technische Fortschritt ist vermutlich zum Selbstläufer geworden. Das muss nicht heißen, dass Politik sich darauf beschränkt, jede neue Innovation einfach durchzuwinken. Es ist zu einer Herausforderung für die Demokratie geworden, diese schöne neue Welt mit ihrem fatalen Hang zur Manipulation zu regeln und zu regulieren, wie das im Verkehr selbstverständlich ist und in der vordigitalen Medienlandschaft der Fall gewesen ist. Dazu gehört auch, europaweit nur solche Medienformate zu fördern, die einen Beitrag zur Infrastruktur einer demokratisch verfassten Öffentlichkeit leisten.

Wir müssen uns von der Vorstellung trennen, dass das jeweils neue Medium nur eine Substitution des älteren darstellt. Die digitalen Medien der "Influencer" haben bis dahin unbekannte Möglichkeiten von Information und Kommunikation geschaffen. Sie zerstören aber auch bewährte Sozial- und Kulturtechniken, Werte und reale Orte der Begegnung: Lesen. Dialog. Anerkennen des Anderen. Courage. (Wolfgang Müller-Funk, 20.12.2025)